

Streits gegen das Verbot der tschechischen Roten Gewerkschaften

Das Europäische Sekretariat der Roten Gewerkschafts-Internationale ruft zum Protest

Nach der Schließung der Zentrale in Prag sind auch die Roten Gewerkschaften in Brno aufgelöst worden. Das Verbot der tschechischen Gewerkschaften ist ein Teil des Verbotes der Gewerkschaften in Prag, ebenso eine Reihe kleinerer Betriebe. In Prag, in Brünn, in Olomouc und in anderen Städten sind die Gewerkschaften aufgelöst worden. In Prag, in Brünn, in Olomouc und in anderen Städten sind die Gewerkschaften aufgelöst worden.

Die Bourgeoisie den Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie auf die Massen weiter zu sichern, um damit ihre soziale Hauptstütze innerhalb der Arbeiterklasse zu retten.

Das Verbot erfolgt gerade in dem Augenblick, wo die Kapitalisten einen neuen Angriff auf die nordböhmischen Bergarbeiter vorbereiten, um mit größerem Erfolg die Arbeiter schlagen zu können, was nur die roten Verbände als einzige Gewerkschaft die Massen zum Kampfe mobilisieren.

Der Kampf um die Verteidigung der roten Gewerkschaften ist eine der wichtigsten Teile des Kampfes des gesamten tschechischen Proletariats um Arbeit, Brot und Freiheit. Proletarier aller Nationen der Tschechoslowakei, ihr Arbeiter aus allen Orten, aus allen Berufen, aus allen Verbänden, schließt euch zur roten Einheitsfront zusammen. Macht den Streik eurer Unterbrüder gegen die roten Verbände

Der Verband der Autohändler in Prag, der zur Sozialistischen Gewerkschaftszentrale gehört, hat sich dem Protest angeschlossen.

In einem Aufruf des Europäischen Sekretariats der Roten Gewerkschafts-Internationale gegen das Verbot heißt es:

„Nachdem die reaktionäre, tschechische tschechoslowakische Regierung, die den Massen vorliegt, eine „demokratische“ zu sein und die Sozialdemokraten ihnen, vor wenigen Wochen die internationale Arbeiterhilfe und die Rote Hilfe in Prag, in Brünn, in Olomouc und in anderen Städten haben, wurde am 11. Juli der Schlag gegen die roten Gewerkschaften geführt, die Büros wurden besetzt, die Organisation aufgelöst, die Gewerkschaften mit der tschechischen Polizei schon einmal 1929 verhaftet, die roten Verbände zu verbieten. Diese Rüge dient 1931 zum Zweck des roten Gewerkschaftsverbotes. Das heutige Verbot ist ein Beweis der Bourgeoisie gegen die roten Verbände, denen es durch die tschechische Regierung seit dem Oktober 1931 gelungen ist, die Rote Hilfe in Prag, in Brünn, in Olomouc und in anderen Städten zu verbieten, die Rote Hilfe in Prag, in Brünn, in Olomouc und in anderen Städten zu verbieten, die Rote Hilfe in Prag, in Brünn, in Olomouc und in anderen Städten zu verbieten.

Durch die tschechischen Abwehrkämpfe, in denen vielfach die Gewerkschaften auf den Lohn und die sozialen Einrichtungen und die politischen Forderungen abgelehnt wurden, wurden die Gewerkschaften anderer Berufe und Orte zu stärkerer Gegenwehr, zur Vorbereitung des Kampfes ermunert. Der Kampf in Nordböhmen hat das Verbot der revolutionären Gewerkschaften so in die Zukunft gedrängt, daß die tschechischen reaktionären Gewerkschaftsführer jetzt in ihnen die Gefahr erblicken, nicht nur die alte Rolle an der Seite der Kapitalisten beim Verzug der Arbeitermassen führen zu können. Kein Wunder, daß darum die tschechische Bourgeoisie auf Gewalt und Verberb verbundenen Maßnahmen die Fäden als Mittel zum Verbot zulichteten. Die tschechische Bourgeoisie versucht durch ihr Verbot der roten Verbände, die

durch eure gemeinsame Aktion hinjählig. Antwortet den Feinden der Arbeiterklasse mit einem alle reaktionären Pläne vernichtenden Gegenanschlag.

Proletarier der anderen Länder! Erhebt eure Stimmen mit den Proletariern der Tschechoslowakei zu wichtigem Protest!

Schließt euch auch ihr auf der Front!

Was man heute in Prag tut gegen die roten Verbände, das werden eure Ausbeuter euren Organisationen morgen in Paris, Berlin, in Wien, Brüssel usw. ebenfalls tun. Nur eure kühnste entschlossene Kampfbereitschaft, nur die auch zum Kampf geschlossene rote Einheitsfront schützt euch vor dem Gewaltstreichen der Reaktion. Insbesondere müssen die Proletarier Deutschlands, Polens und der Tschechoslowakei einen festen Einheitsfrontblock bilden und in gemeinsamer Front ihren Ausbeutern entschlossen entgegenzutreten.

Nieder mit dem Verbot der roten Verbände in der Tschechoslowakei!

Nieder mit den Ausbeuter- und Unterdrückungsmaßnahmen der Feinde der Arbeiterbewegung!

Es lebe der Kampf für die Freiheit der Arbeiterkolonien!

Es lebe der Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit!

Nächst zum Massenstreik!

Paris enthüllt: Youngpatt bleibt!

Kriegsbündnis Frankreich—England gegen die Sowjetunion in Lausanne

Frankreich veröffentlicht das „Gentleman-Agreement“ (Vertrauensvolle Übereinkommen), das in Lausanne zwischen Frankreich, England, Belgien und Italien getroffen wurde, wonach der Lausanner Pakt erst in Kraft tritt, nachdem eine zufriedenstellende Schuldenregelung mit Amerika getroffen wurde. Der entscheidende Passus lautet:

„In dem Maße, in dem eine Regelung der Schulden nicht erzielt werden kann, wird das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiziert werden. Dadurch würde eine neue Lage entstehen und die interessierten Regierungen würden sich darüber einigen, was zu geschehen hat. In diesem Falle wird die Reichsregierung die interessierten Mächte wieder zu werden, die vor dem Hoover-Memorandum bestanden hat.“

Der englische Außenminister Sir John Simon machte am Mittwoch (13. Juli) im Unterhaus die aussagen-erregende Mitteilung, wonach in Lausanne hinter den Kulissen ein imperialistisches Bündnis zwischen Frankreich und England abgeschlossen wurde. Herriot teilte das gleiche in Paris mit.

Todesgefahr für Genossen Kuagg und Fran

Rettet sie in letzter Stunde!

Die Kenter-Agentur meldet aus Kanton, daß der nunmehr dreizehntägige Hungerstreik der Genossen Kuagg und Fran bereits so gefährlich ist, daß eine Lebensgefahr besteht. Von Shanghai sind amerikanische Bergleute an das Krankenbett des Genossen Kuagg gerufen worden.

Der internationale Protestharm hat den chinesischen Intelligenzien Kommissar gezwungen, zu diesem Zeitpunkt öffentlich Stellung zu nehmen. Sowaslan versucht die Verbrechen der Kenter-Agentur zu rechtfertigen und verlangt außerdem, daß die Angehörigen ihrer Verteidiger herausgebracht werden müssen, da nach chinesischem Recht ausländische Rechtsanwältinnen die Verteidigung von Angeklagten nicht übernehmen können.

Der Hungerstreik hat nunmehr die ganze chinesische Öffentlichkeit aufgeweckt. Unter Vorhug der Wime Sun Yat Sen hat sich ein Verteidigungsausschuß gebildet, dem zahlreiche in Shanghai lebende internationale bekannte Intellektuelle angehören. Die Zeitung „China Free“ schreibt, daß der Kuagg-Prozess „einem weltweiten Fall Sacco und Vanzetti gleichkommt.“

In Shanghai schließen sich der Kampagne zur Verteidigung der Genossen Kuagg immer neue Persönlichkeiten an, wie auch die Massenbewegung der Shanghai-Arbeiter einen immer größeren Umfang annimmt. Bei einer Demonstration für Kuagg wurden viele Arbeiter verhaftet.

Südamerika im Aufruhr

Rio de Janeiro, 13. Juli. Der brasilianische Kulland, der im Staat Sao Paulo ausgebrochen ist, hat sich sehr schnell auf andere brasilianische Staaten ausgebreitet. Die Truppen und Polizeitruppe der Staaten Mato Grosso, Parana, Santa Catharina, Rio Grande do Sul und Minas Geraes haben sich den Kullandlichen zum großen Teil angeschlossen. Die Kullandlichen berichten bereits von dem vollständigen Erfolg der Revolution. Der bisherige bundesstaatliche Vermittler in Sao Paulo hat dort die Regierung übernommen. Flugzeuge der Kullandlichen flogen am Dienstag über Rio de Janeiro und warfen Flugblätter ab, in denen erklärt wird, daß sich über 30.000 Mann der Revolution angeschlossen hätten. Sämtliche Häfen der südbrasilianischen Staaten sind durch Verordnung des Präsidenten Vargas geschlossen worden. Die Regierung hat weitere Truppen gegen die ausländischen Staaten ausgesandt.

Während hier in Brasilien das Proletariat mit seinen eigenen Klassenforderungen noch nicht auf den Plan getreten ist, gehen in Peru und Chile große wirtschaftlich revolutionäre Ereignisse vor sich. In Peru besetzt die Stadt Trujillo einige Tage in den Händen ausländischer Arbeiter. Nach ihrer Niederlage durch einige Regimenter Truppen und zwei Kriegsschiffe ist jetzt der Oberste Gerichtshof eingekerkert worden, weil der Anführer, Kommandant der Stadt und ein anderer hoher Offizier im Verlauf der Kämpfe erschossen worden sind.

In Saint Louis (USA) demonstrierten 5000 Arbeitstote unter Führung des Emerald-Unternehmens und zwangen die Stadterwaltung, Nahrungsmittel zu verteilen. Die Polizei feuerte, tötete vier Demonstranten und verwundete zahlreiche andere.

Französische Kriegsindustrie gründet Filialen in Ostasien

Die französischen Kriegslieferungen an Japan und an die anderen Kapitalisten haben einen so großen Umfang angenommen, daß die Hauptkriegsbetriebe in Frankreich beschließen, eine große Verkaufsfiliale in Ostasien zu gründen. Die französischen Kriegsbetriebe De Wendel, Warburg und andere haben die Filiale finanziert, die dann wieder weitere Niederlassungen in Ostasien gründen soll. Damit schließt sich der französische Imperialismus einen neuen Stützpunkt zur Unterdrückung der asiatischen Arbeiter und Bauern und zum Kampf gegen die Sowjetunion.

Theodor Plivier: Der Kaiser ging, die Generale lieben

Copyright by Welt-Verlag, Berlin.

Die Jagd auf die Kaiserin und die Gewerkschaften haben in Koste ihren alten erprobten Führer. Die Sorge vor einmütigen Truppen hat die meisten schon tagelang nicht verlassen. Und jetzt, nach der Aktion und in der aufgeregten Stimmung, ist diese Sorge des Leberstiches geworden. Die Kaiserin sehen Kiel schon von Truppen umzingelt, und die Gewerkschaften, die mit ihren Namen für die Bewegung verantwortlich gehalten, sehen sich schon als verurteilte Hochverräter an den Rufen ihrer Schiffe baumeln.

Dann läßt Koste die Kleinmütigen wieder aufatmen: „Natürlich, die politischen Forderungen, für die gekämpft worden ist, die müssen selbstverständlich erfüllt werden! Auch über die Kasse wird die Regierung schon mit sich reden lassen!“

Er legt nochmals die Punkte der Regierung vor: Die Delegierten sind jetzt bereit, darüber zu diskutieren. Diese Forderungen genügt Koste vollkommen. Er will noch gar keine Diskussion; er will nur die Delegierten und die hinter ihnen stehenden tausendköpfigen Belagungen beschlagnahmen, und er erklärt: „Kein, jetzt keine Diskussionen. Geht in die Kasernen und auf die Schiffe zurück und sprecht erst mit euren Kameraden über die Sache durch!“

So stehen die Kiste entmündigt aus der Sitzung ab, um mit ihren Kameraden zu diskutieren. Die Matrosenüberhebung ist eindeutig von Aktionen abgelenkt und auf Versammlungen lokalisiert worden.

Koste hat die hohe Schule der Sozialdemokratie hinter sich. Von außen kann man Massenbewegungen nicht beeinflussen. Einsetzen und sich an die Spitze stellen, das ist die während des Krieges in den großen politischen Streiks erprobte Taktik, in Frankreich, im Ruhrgebiet, in Wien, beim Metallarbeiterstreik in Berlin, überall erfolgreich von Sozialdemokraten im Interesse der Arbeiterbewegung gepflegt, und in allen diesen

Fällen war die Aufgabe ungleich schwieriger; dort hatten die Führer es mit politisch geschulten Arbeitern zu tun. Hier sind es Matrosen, die als Zwanzigjährige in die Marine eingetreten sind, die weder gewerkschaftliche noch politische Erfahrung besitzen.

Nur die Unabhängigen machen Koste einige Schwierigkeiten. Aber sie haben ihm keinen ebenbürtigen Kopf entgegenzusetzen. Und das ist noch immer nicht in Kiel eingetroffen. Und doch geht die Bewegung weiter.

Abends treffen neue Meldungen ein: Soldatenräte in Rendsburg, in Lübeck, Schleswig, Schwertau, Cuxhaven, Brunsbüttel.

Und der Abgeordnete Koste, der die Bewegung nicht geführt, der sich ihrer Ausbreitung entgegengestellt hat, läßt sich höher tragen. Er ruft die Gewerkschaftsfunktionäre und die Parteiführer Kiels zusammen und schlägt sich zum Gouverneur der Festung Kiel vor. Der alte parlamentarische Kuhhandel um Machtpositionen wird auch hier aufgenommen. Der Unabhängige Popp verlangt als Gegenleistung den Vorstoß des Soldatenrats, den Koste ihm gern überläßt.

Am nächsten Tag rufen 600 Vertrauensleute an. Die Diskussionen auf den Schiffen gingen über die von Koste vermittelten „fünf Regierungspunkte“ weit hinaus, und die Delegierten sind heute entschlossen, ihre weitergehenden Forderungen auch gegen Koste durchzusetzen. Die Stimmung gegen Koste ist im Wachsen.

Aber Koste kommt der Opposition zuvor. Er eröffnet die Sitzung und teilt mit:

„Lübeck, Bremen, Cuxhaven, Rendsburg, Flensburg haben sich uns angeschlossen und ebenfalls einen Arbeiter- und Soldatenrat gebildet.“

Die Matrosen brechen in Rürmischen Beifall aus. Koste muß sich erst wieder Gehör verschaffen. Er hebt seine Hand und fährt dann fort:

„Weiter habe ich mitzuteilen, daß alle aus Anlaß der vorjährigen Bewegung heranzureifen freigelassen worden sind.“

Das stimmt, ebenso wie die gestern vorgelegten „fünf Regierungspunkte“, nur zum Teil; aber es ist eine Nachricht, die einflößt!

Die Matrosen springen von ihren Plätzen auf. Einer brüllt von einem Tisch herüber: „Hörst Kameraden von 1917 — Hurra!“

„Hurra!“ brüllen die achthundert Delegierten. Vor dem Gebäude steht wie immer Kopf an Kopf gedrängt die Menge. Ein Fenster wird aufgerissen.

Einer der Delegierten ruft herunter: „Eine frohe Nachricht! Unsere Kameraden, die seit 1917 in den Justizhäusern schmachten...“

Er kann nicht zu Ende sprechen; die unten erraten die Nachricht schon. Wühen werden von den Köpfen gerissen. Ein draußendes Hurra umbrandet das Haus. Es dauert einige Zeit, bis im Saal wieder einigermaßen Ruhe eingetreten ist.

Koste ist seiner Sache sicher. Er grüßt über das ganze Gesicht:

„Gestern ist der Genosse Popp, Mitglied der Unabhängigen Partei, dem Soldatenrat zugewählt worden. Ich erteile dem Genossen Popp das Wort zu politischen Vorschlägen für unsere Organisation!“

Nur wenige kennen Popp — aber einer von der USV, das legitimiert ihn bei den Kulis! Und doch Koste dem USV-Mann bereitwillig das Wort erteilt, das verjöhnt viele von denen, die heute gegen Koste auftreten wollten.

Auch Papendick gehört zum Soldatenrat. „Koste ist doch eine wichtige Kraft!“ sagt er.

„Nicht nur etwas zu vorläufig!“

„Der will auf ganz sicher gehen!“

„An der Spitze können wir auch keinen brauchen, der unvorsichtig ist, es geht doch ums Ganze!“

„Aber heute ist Schwung da!“

„Jetzt geht's richtig los!“

„Wir schaffen es doch noch!“

Der Unabhängige, Lothar Popp, der nach den Abmachungen vom Abend vorher seinen Soldatenratsposten nur um den Preis des Gouverneurpostens für Koste erhält, ruert ohne Umwege auf das Ziel los: „Genossen, ich schlage zu allererst vor, den jetzigen Gouverneur Souhon abzulassen, damit der Verwaltungsapparat endlich in Bewegung kommt. Es haben sich bereits eine Menge Offiziere und Beamte gemeldet und sogar ein Admiral, die ich dem A- und S-Rat unterordnen wollen. Als neuen Gouverneur schlage ich den Reichstagsabgeordneten Genossen Gustav Koste vor!“

(Fortsetzung folgt.)